

# Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 14.

Leipzig, den 3. April.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Blatte einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren **G. Hofmann**, Brühl 40, **G. Richter**, Peterssteinweg 7, **Leipziger Consumverein**, Universitätsstraße, und die **Expedition d. Blattes** in der Wohnung des Herrn **A. Bebel**, Petersstraße 18. Für Dresden Filialexpedition (interimistisch) **W. Sempel**, Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von **Franz Thimm**, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: **A. Duenning**, Foreign Booksteler, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Aus Oesterreich. — Die Internationale Arbeiter-Affoziation an die Arbeiter aller Länder. — Vororts- und Verbands-Angelegenheiten. — Beilage: Der Buchbinder-Congress. — Aus England. — Anzeigen.

## Politische Uebersicht.

Man schreibt uns: „Berlin, 29. März. Der dem Reichstag zur Berathung vorliegende Gewerbegesetz-Entwurf findet vielen Widerspruch, namentlich in Sachsen, das sich schon längst voller Handels- und Gewerbefreiheit erfreut, während er für Mecklenburg und sein verrottetes Zustand, ja auch in mancher Hinsicht für Preußen ein erheblicher Fortschritt ist. Besonders die Leipziger Kramerinnung agitirt eifrig gegen den Entwurf. — Zur Deckung des Bundes-Defizits soll die Spiritussteuer erhöht werden, die für das laufende Jahr bereits auf 10¼ Mill. Thlr. veranschlagt ist. Da aber voraussichtlich die durch die Steuererhöhung zu erzielende Mehreinnahme von 2½ Millionen das Defizit nicht decken wird, so hat man vor, auch das Gas und das Petroleum zu besteuern. — Von der Besteuerung der Börsengeschäfte, mit der man konservativseits so gerne dem Kapitalisten droht, wird man Abstand nehmen müssen, da das Börsenkapital tausend Mittel hätte, sich der Besteuerung zu entziehen. — Im Spätsommer werden, wie bereits jetzt bekannt gemacht wird, in den östlichen Provinzen die Reservisten und Landwehrmänner eingezogen werden — nur zum Manövern, wie man erklärt. Unterdeß finden in unseren Bergnütungslokalen unter der Einwirkung des Bockbiers „Kleine Manöver“ der Linientruppen statt, bei denen das Militär bald Civilisten, bald sich selbst (auf Gegenseitigkeit) mit Säbelhieben traktirt. — In der vorigen Woche erstatteten die Berliner Landtags-Abgeordneten, die mit Ausnahme Jacobys der Fortschrittspartei angehören, ihren Wählern den üblichen Bericht. In allen Wahlbezirken wurde bei dieser Gelegenheit die Politik der Fortschrittspartei von einzelnen Wählern ihrer Schlawheit und Feigheit halber scharf angegriffen, von der Majorität jedoch gebilligt. Man hat zu erwägen, daß bei den Landtagswahlen durch das Dreiklassensystem die besitzenden Klassen, die der politischen Aufregung abhold sind, weit vorherrschen und darf daher hoffen, daß die Opposition bei den Reichstagsberichten sich der Fortschrittspartei stärker gegenüberstellen wird. — Die von Dunder und Marx Hirsch gebildeten Gewerkschaften entpuppen sich immer deutlicher als plumpe Mittel, die Arbeiter von der Verfolgung ihrer

Interessen abzulenken, um sie für alle Zeiten am liberalen Gängelbände führen zu können. Es haben nämlich in jüngster Zeit mehrfach Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern stattgefunden, bei welchen die Leiter der genannten Genossenschaften unter der Rolle der „Vermittlung“ das Interesse der Unternehmer wahrnahmen. — Aus Hannover ertönt privatim und öffentlich die Klage über Durchstiebung von Briefen. Es ist aber eine rechte Dreistigkeit der Hannoveraner, sich schon über das bloße Erbrechen ihrer Briefe zu beklagen; sie sollen froh sein, daß ihnen die Briefe wenigstens wieder geschlossen und übergeben werden; das ist eine Bevorzugung, die nicht Jedem zu Theil wird. Es ist übrigens längst ein öffentliches Geheimniß, daß das Briefgeheimniß nur in der Einbildung leichtgläubiger Philister besteht.“

Der hier in Leipzig erscheinende „Begleiter“ von Ed. Saak (Redakteur Beeger, Druck der Genossenschaftsbuchdruckerei) — eine Wochenschrift, die wir hiermit beim Quartalwechsel unsern Lesern von Neuem dringend empfohlen haben wollen — bringt zur Illustration der Noth, die in der Provinz Preußen herrscht, folgende Notiz: „Nach amtlichem Ausweis standen im Jahre 1868 allein im Regierungsbezirk Königsberg 11,416 schulpflichtige Kinder meist als Hüttekinder im Dienst. Bringt man in Anschlag, daß nach gesetzlichen Bestimmungen kein Kind vor vollendetem 10. Jahre die Erlaubniß bekommt, sich als Hüttekind vermieten zu dürfen, sowie daß von den 150,119 schulpflichtigen Kindern des Regierungsbezirks sich nur 61,541 im Alter von 10—14 Jahren befanden, so ergibt sich, daß mehr als 18 Procent oder beinahe jedes fünfte schulpflichtige Kind im Alter von 10—14 Jahren gedient resp. gehütet, d. h. während sieben Monaten des Jahres (in der Regel von Mitte April bis Mitte November) die Schule versäumt hat. — Nebenbei erhellt noch aus diesen Ziffern, daß der „allgemeine Volksunterricht“ in Preußen eine ebensogroße Lüge ist, als die „allgemeine Wehrpflicht.“

Auf dem Gebiet der „hohen Politik“ haben die Feiertage keine Ruhe gebracht. Die Luxemburger Frage ist ganz plötzlich wieder aufgetaucht und Graf Bismarck hat wieder den Gang nach Barzin angetreten. Es heißt jedoch, er werde nach Schluß der Reichstagsferien nach Berlin zurückkehren. Wir werden sehen.

In Süddeutschland regt sich von Neuem das Gespenst des Südbundes, und zwar ist es in Nördlingen bei einer Konferenz des bayerischen Ministerpräsidenten (v. Hohenlohe) und des württembergischen (Barnbüler) wieder zum Vorschein gekommen. Aber es hat keine Noth; die Schwächlichkeit dieser

kleinstaatlichen und kleingeistigen Politiker einerseits und andererseits die badische Regierung (ein preussischer Vorposten) bürgen hinlänglich dafür, daß der Südbund entweder gar nicht zu Stande kommt oder nur zur Verstärkung der Bismarck'schen Politik dienen wird.

Vom 1. April wird in München unter der Redaktion des Herrn Bogner, des kürzlich von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ als „Reptil“ denuncirten Herausgebers der „Süddeutschen Briefe“, ein neues demokratisches Organ, das den Titel „Süddeutsche Post“ führen soll, erscheinen. Die Haltung der „Süddeutschen Briefe“ läßt uns hoffen, daß die „Süddeutsche Post“ ein treuer Verbündeter der Volkspartei sein wird.

Auch in Kaiserslautern soll demnächst ein demokratisches Wochenblatt, unter dem Titel: „Pfälzer Demokrat“ herauskommen.

Die mit überwiegender Mehrheit erfolgte Wahl des großdeutschen Demokraten Becker zum Abgeordneten für das Zollparlament liefert einen abermaligen Beweis dafür, daß das württembergische Volk sich von den nationalliberalen Lügenpropheten nicht nassführen läßt und zwischen einem freien Deutschland und dem Bismarck'schen „Bundesstäfing“ zu unterscheiden weiß.

Endlich betreten unsere Parteigenossen in Baden den richtigen Weg: sie graben das Jahr 1849 aus, und zeigen dem Volk, wie der preussische Junkerpartikularismus damals die Kämpfer für die freiheitliche Einigung Deutschlands behandelt hat, und auf welchem blutgetränktem Boden das nationalliberale Paradies der Jolly und Consorten gegründet ist. Die „Neue Badische Landeszeitung“ schreibt zum Gedächtniß des 18. März, des Jahrestags der Berliner Revolution:

„Ein vergilbtes Blatt. Der heutige Morgen ruft die Erinnerung an die Tage wach, da sich im Norden und Süden des Vaterlandes das Volk gegen ein System der Willkür und Gewalt erhob, da es, getrieben von der Idee der Freiheit, zu kämpfen und zu sterben wußte. Auch das Volk hat seine Todten, die unvergessen bleiben müssen, wenn sie nicht umsonst gestorben sein sollen. Das Andenken an sie trifft wie eine Mahnung das Herz der Lebenden, nicht nachzulassen im Streite für die Freiheit, festzuhalten an dem Glauben, daß dem Martyrium einmal der Sieg folgen werde. In Berlin und Wien schmücken Kränze und Bänder die Gräber der Volkskämpfer, auch auf Badens blutgetränktem Boden möge die Erinnerung wach werden an Diejenigen, die vor zwanzig Jahren von den preussischen Kugeln „standrechtlich“ in den Sand gestreckt wurden. Ein vergilbtes Blatt, das uns heute von Freundeshand zugestellt wurde, gibt Kunde von jenen Opfern der Reaktion. Es enthält nur Namen, dieses Blatt, und die Leser mögen sich mit uns genügen lassen an der einfachen Wiedergabe derselben. Der Rest sei — Schweigen, da das beredteste Wort vor dieser Gräberreihe verstummen muß. Folgende Männer erlagen dem „Pulver und Blei“ der preussischen Kriegsgerichte auf badischem Boden: Wilhelm Adolph v. Trübschler, Appellationsgerichts-Assessor aus Dresden. Karl Höfer, Schullehrer zu Alneudorf. Peter Lacher aus Bruchsal, Soldat im 2. bad. Infanterie-Regiment. Heinrich Diez, Klempner aus Schneeberg, Königreich Sachsen. Valentin Streuber, Bürger von Mannheim. Ernst Elsenhans, Literat von Feuerbach (Amt Stuttgart). Ernst v. Biedenfeld, badischer Major a. D., von Bühl. Nikolaus Liedemann von Landshut, bad. Lieutenant a. D. Conrad Heiling von Bullendorf, Artilleriemachtmelder. Georg Böning von Wiesbaden, früher Nassauischer Offizier. Conrad Penzinger von Durlach, badischer Corporal. Phi-

lipp Zenthöfer, Buchbinder von Mannheim. Vermigau aus Köln, ehemaliger Lieutenant. Janßen aus Köln. Carl Jacobi von Mannheim, Schreiner. Kounis v. Pforzheim, ehemaliger Dragoner. Günkard von Constanz, Soldat im 3. bad. Infanterie-Regiment. Jäger von Aglasterhausen, Soldat in demselben Regiment. Gottfried Bauer von Gießigheim, Pionier. Stilmayr von Rastatt, Soldat im 2. Infanterie-Regiment. Kohlenbecker von Karlsruhe, Soldat in demselben Regiment. Illig, Kanonier. Gerhard von Rintheim, Soldat. Schrader, preussischer Soldat. Maximilian Dortü aus Potsdam, preussischer Auscultator. Friedrich Neff von Rümmling bei Vörrach. Gebhard Kromer von Bombach, Soldat im 2. Infanterie-Regiment.“

Oesterreich beschäftigt sich jetzt angelegentlich mit den Ergebnissen der Deputirtenwahlen zum ungarischen Landtag. Die sogenannte Ausgleichspartei, die, von Deak geführt, die Verbindung Ungarns mit den übrigen habsburgischen Landen aufrecht erhalten will, hat in vielen Comitaten (Kreis) eine schwere Niederlage erlitten und die Linke, welche die Personalunion anstrebt, tritt in doppelter Stärke, als zuvor, auf den parlamentarischen Kampfplatz.

Die Schlassheit des oesterreichischen Bürgerthums trat recht deutlich bei den letzten Gemeindevahlen zu Tag. In Wien stimmten von 40,000 Wahlberechtigten bloß 3797, also nicht einmal der zehnte Theil der Wähler. Besser ging es in den Provinzen, wo die liberale Partei meist über die pfäffischen oder büreaukratisch-feudalen Gegner siegte. Schwach in der That wären unsere Hoffnungen auf eine demokratische Neugestaltung Oesterreichs, wenn nicht die Arbeiterbewegung sich mächtig entfaltet, und der Reaktion bereits einen schwer zu durchbrechenden Damm gesetzt hätte.

Aus Frankreich werden Verhaftungen von Mednern und Leitern der Volksversammlungen gemeldet. Napoleon hatte nur für die Besprechung socialer Gegenstände Freiheit geben wollen, die Politik sollte möglichst unberührt bleiben; nachdem er nun mit Schrecken bemerkt, daß die Arbeiter so vernünftig sind, diese Trennung nicht anzuerkennen, will er die kaum gewährte Freiheit wieder unterdrücken. Die Pariser Arbeiter wehren sich aber mannhaft, ja sie ziehen sogar auch die religiöse Frage in den Bereich ihrer Diskussionen. Am Charfreitag haben in Paris mehrere Versammlungen von libres penseurs (Freidenkern) stattgefunden. Jedenfalls ist der Kaiser in einem lächerlichen Irthume befangen, wenn er glaubt, die Arbeiter durch kleine Zugeständnisse, wie die Abschaffung der „Arbeitsbücher“, für seinen Cäsarismus gewinnen zu können.

Die französisch-belgische Kommission zur Erledigung der schwebenden Eisenbahn-Streitfrage soll nun auch zugleich die längst geplante Zolleinigung herbeiführen. Die kaiserliche Presse bringt Mittheilungen über Agitationen der Kohlen- und Baumwollen-Industriellen Belgiens, besonders aus Mons und Charleroi, für engeren Anschluß Belgiens an Frankreich. Unter „Industriellen“ hat man natürlich nur die Kapitalistenklasse zu verstehen: die belgischen Arbeiter haben ein Interesse und haben das auch im vorigen Jahre durch ihren massenhaften Anschluß an die Internationale Association deutlich zu erkennen gegeben.

Das italienische Volk hat keine Lust, für den militärischen Einheitschwindel Hungers zu sterben. Die Auflehnungen gegen die Wahl- und Schlachtsteuer dauern fort, in Ancona z. B. kam es am 22. März zu schweren „Erzessen“.

Spanien hat noch immer keinen brauchbaren König ge-

funden; unterdeß schitaniren sich die Parteien gegenseitig. Ob nun aber der König von Portugal oder der Herzog von Montpensier die spanische Krone erhält, die Idee der Republik wird nicht mehr auszurotten sein. — In Barcelona, der größten Industriestadt Spaniens, fand eine große Kundgebung gegen den Freihandel und zu Gunsten von Schutzzöllen statt.

In Nord-Amerika verwalte Grant sein Amt in strenger Beachtung des republikanischen Programms und hält sich die Stellenjäger energisch vom Leibe. Sein Vorgänger Johnson liegt zu Philadelphia schwer erkrankt.

Einem Gerücht zufolge, hätte der Präsident von Paraguay sich unter den Schutz der Vereinigten Staaten gestellt. Ist dies wahr, so hat der südamerikanische Krieg sein Ende erreicht, denn Brasilien wird sich wohl hüten, mit der „großen Republik“ anzubinden.

Dem Norddeutschen „Reichstag“ ist unter anderm auch ein Wahlgesetz vorgelegt worden, das in der 10. und 11. Sitzung in der zweiten Lesung zur Debatte kam. Eine der charakteristischsten Bestimmungen und sehr bezeichnend für die Richtung des Nordbundes ist der Paragraph, wonach das Militair von dem Recht zum Wählen gänzlich ausgeschlossen sein soll. Die Klust, die schon jetzt zwischen Militair und Volk bestand, wird dadurch nur noch mehr erweitert. Das Militair soll von jeder Berührung mit dem Volk ferngehalten und Alles abgeschnitten werden, wodurch ein Funke besseren Geistes in dasselbe eindringen könnte. Die Gründe, die General Moltke für die Nichtbetheiligung des Militairs an den Wahlen anführte, ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der „Reichstag“ beschloß denn auch, wie nicht anders zu erwarten war, sich den Gründen des Generals und seiner Vollmachtgeber anzubequemen und wies unter anderm den Antrag Dr. Stephani's, der wenigstens für Reserve und Landwehr das Wahlrecht retten wollte, mit Majorität zurück. Die Abgg. Dr. Schweizer, Frijsche und Hasenklever hatten beantragt, das Wahlrecht jedem Manne vom 20. Lebensjahre an zu bewilligen; der Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und Bevels abgelehnt.

Zu § 3 stellte der Abg. Bebel ein Amendement; zur Begründung desselben sprach er, wie folgt:

Meine Herren, ich habe zu § 3 den Antrag gestellt, das Alinea 3, welches lautet:

„Personen, welche eine Armen-Unterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben;“

zu streichen. Ich bin mir zwar bewußt, daß ich mit diesem Antrage bei der großen Majorität entschieden Widerspruch finden werde. Ich kann mich indeß trotzdem nicht enthalten die Gründe zu entwickeln, welche mich bestimmen, den Antrag zu stellen. Ich bin der Meinung, daß durch diesen Abfat des § 3 eine große Zahl ganz ehrenwerther Staatsbürger vom höchsten politischen Rechte ausgeschlossen werden, ohne daß sie auch nur den allermindesten Grund dazu gegeben haben, ihnen dieses Recht zu entziehen und ohne daß man ihnen irgend eine Schuld beimessen kann, die eine solche Benachtheiligung rechtfertigte. Wir müssen uns vorhalten, welche Ursachen es sind, die einen Mann in Noth und Elend und in die Lage bringen können, bei Kommunen und Staat um Unterstützung eintommen zu müssen. Ich will nicht leugnen, daß es einen kleinen Theil der Bevölkerung giebt, der mit allen Mitteln sich selbst zu ruiniren sucht und sich ruinirt hat, der also selbst die Schuld an seiner Hilfsbedürftigkeit trägt — aber andererseits ist es eben so richtig, daß ein sehr großer Theil (es fragt sich, ob nicht der größte Theil) von denen, welche Unterstützung beziehen, ohne Schuld in eine solche Lage gekommen sind. Nehmen Sie an, daß in einem Industriebezirk, wo bisher eine gewisse Branche vertreten war, plötzlich eine neue Erfindung auftaucht, daß z. B. eine neue Maschine für dieses Fach erfunden und von den Fabrikanten eingeführt wird und damit große Arbeitermassen brodlos werden. Man kann antworten: wenn das der Fall ist, dann geht hin und sucht euch anderswo Arbeit. Ja, meine Herren, das ist leichter gesagt als gethan. Die Leute sind durchschnittlich in so ge-

drückten Verhältnissen, daß sie nur soviel erringen und verdienen können, als sie zur täglichen Lebensnothdurft brauchen. Tritt ein Tag ein oder gar mehrere Tage, wo sie keine Arbeit und keinen Verdienst haben, so sind sie bereits an den Bettelstab gebracht und auf öffentliche Unterstützung hingewiesen. An einem andern Ort zu gehen, der vielleicht weit abliegt, um sich dort Unterstützung oder Arbeit zu suchen, ist in vielen Fällen unmöglich, weil ihnen die nöthigen Mittel dazu fehlen, vielen dies auch ihre Familienverhältnisse verbieten. Es kann aber auch sein, daß allgemeine Handelskrisen, große Geschäfteinstellungen eintreten aus den verschiedensten Ursachen und massenweise die Bevölkerung in eine unterstützungsbedürftige Lage versetzen. Meine Herren, wie kommen Sie dazu, das diejenigen fühlen zu lassen, die an diesen Störungen nicht die mindeste Schuld tragen? Was können die Arbeiter in solchem Falle dafür, daß sie keinen Verdienst und deshalb kein Brod haben? Jeder arbeitet ja gerne, wenn er nur Arbeit bekommt. Aber nach diesem Paragraphen bleibt sich das vollständig gleich; der Arbeiter wird vom Wahlrecht ausgeschlossen, ihm wird damit die Gelegenheit genommen seinen Einfluß auf die staatlichen oder gesellschaftlichen Einrichtungen geltend zu machen, die im Allgemeinen die Gewerbe oder gerade sein Gewerbe heruntergebracht haben; ihm ist die Gelegenheit genommen, Männer zu wählen, welche Mittel und Wege suchen, die Verhältnisse zu bessern. Ferner, meine Herren, könnte der Fall eintreten, daß man in gewissen Kreisen die Absicht hätte, den Annerzions- und Verschlingungsprozeß von 1866 in Deutschland weiter zu führen, also einen neuen Krieg in Deutschland anzufangen. Die natürliche Folge würde sein, daß abermals hunderttausende von Familien brodlos würden. Wäre das die Schuld der einzelnen Beteiligten? Wir haben ja hier in Berlin die Erscheinungen zu beobachten Gelegenheit gehabt, welsch enormen Einfluß die Periode von 1866 auf die Unterstützungsverhältnisse ausübte. Wenn also alle diese Ursachen in Frage kommen — und sie kommen in Frage bei Hunderten und Tausenden täglich, ohne ihr Zutun, dann ist auch kein gerechtfertigter Grund vorhanden, auch nur einem der unglücklichen Betroffenen sein Wahlrecht zu entziehen. Bedenken Sie ferner, meine Herren, es können große Feuersbrünste ausbrechen, es können Ueberschwemmungen und Epidemien eintreten, wo nicht bloß Einzelne, sondern viele Tausende zugleich ohne ihre Schuld davon betroffen werden; sie sind gezwungen, öffentliche Unterstützungen anzunehmen. Ich frage Sie, meine Herren, welcher Rechtsgrund vorhanden ist, durch Entziehung eines politischen Ehrenrechts diese Personen dafür zu strafen, daß sie eine Unterstützung annehmen, die sie anzunehmen gezwungen sind? Der hierbei zu Grunde liegende Gedanke consequent durchgeführt, müßte dahin führen, ihnen jedes Recht zur Existenz abzuspreden; man müßte sagen, ihr habt überhaupt kein Recht mehr zu leben, man erränke euch oder schlage euch todt! Meine Herren, ich glaube noch auf Eins hinzuweisen zu müssen, auf den Nothstand in Preußen. Es wird gewiß keinem von Ihnen einfallen zu behaupten, daß die ostpreussische Bevölkerung schuld daran sei, daß so und soviel Hunderte oder Tausende am Hungertypus gestorben,

(Oh! Oh!),

viele Andere der Armen-Unterstützung anheimgefallen seien. Das sind Thatfachen, die Sie niemals widerlegen, wenn Sie auch noch so sehr Oho rufen. Meine Herren, alle die angeführten Gründe sind es, die mich veranlassen, Sie zu bitten im § 3 das Alinea 3 zu streichen. Die Gegner meines Antrages könnten einwenden: Diejenigen, die aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen beziehen, zahlen auch keine Steuern und leisten für den Staat Nichts. Das wäre aber ganz falsch. Abgesehen davon, daß bei der Ausübung des hier in Frage stehenden Wahlrechts von einem Steuerzensus keine Rede ist, also auch keine Ausnahme gemacht werden darf, kommt noch hinzu, daß selbst der Arme sein Quantum indirekter Steuern zahlt. Aber wenn dies auch nicht der Fall wäre, die Humanität und Gerechtigkeit gebietet auch dem Armen Gelegenheit zu geben, seinen Einfluß durch das Wahlrecht auszuüben, um die Verhältnisse, die ihn am allermeisten drücken, zu ändern. Man wird mir einwenden, die Meisten werden sich um ihr politisches Recht gar nicht kümmern, sie sind so heruntergekommen und so ersüßelt, daß ihnen das ganz gleichgültig ist — das würde, meine Herren, für mich nur ein Grund mehr sein, sie nicht von dem Wahlrecht auszuschließen; verzichten die Betreffenden freiwillig darauf, so kann der Mißbrauch und die Gefahren, die Mancher von Ihnen durch die Ertheilung des Wahlrechts an Unterstützungsbedürftige glaubt befürchten zu müssen, nicht eintreten.

Als allen diesen Gründen würde ich Sie, Alinea 3 zu streichen.

Der Antrag Bevels wurde mit großer Majorität (dafür nur die Linke und das linke Centrum mit 40 Stimmen) abgelehnt. Zu § 12, der vom Wahltag handelte, beantragten die Abg. Dr. Schweizer, Frijsche und Hasenklever, einzufügen „der ein Sonntag sein muß“, Abg. Bebel beantragte einzufügen „der ein Sonn- oder Feiertag sein muß“. Hasenklever und Bebel vertheidigten ihre Anträge, welche je-

doch ebenfalls mit sehr großer Majorität abgelehnt wurden. — Eine Enttäuschung haben diese Beschlüsse des Reichstags bei uns nicht hervorgerufen, wir haben von Anfang an nichts erwartet und wir hoffen, daß die Thatfachen noch Viele zu uns führen werden, die Anfangs meinten, wir sähen zu schwarz.

Am Ostersonntag erschienen wir in der Generalversammlung des Allg. deutschen Arbeitervereins zu Barmen-Elberfeld, und begründeten unsere Anklagen gegen Herrn von Schweizer. Herr von Schweizer verteidigte sich nicht. Er forderte ein Vertrauensvotum, das ihm nach längerer Geschäftsordnungsdebatte von Delegirten, die zusammen 6500 Stimmen vertraten, ertheilt ward, während Delegirte mit zusammen 4500 Stimmen sich der Abstimmung enthielten.

Da wir nun gegründete Aussicht auf Einigung, wenn auch nicht Verschmelzung, der verschiedenen Fraktionen der Sozialdemokratie haben, so werden wir, um das Werk der Einigung nicht zu erschweren, von jetzt an im „Demokratischen Wochenblatt“ keine weiteren Angriffe auf Herrn von Schweizer veröffentlichen, wobei wir selbstverständlich voraussetzen, daß auch von der anderen Seite die Angriffe auf uns eingestellt werden.

## Aus Oesterreich.

Wien, den 25. März.

Der Liberalismus hier zu Lande fürchtet noch Gespenster. Das schwarze und das rothe Gespenst schrecken ihn oft aus seiner süßen Ruhe auf; erschreckt schlägt er mit Händen und Füßen um sich, um die Dämonen zu bannen, aber vergeblich. Er kommt nicht zur Ruhe. Die bösen Geister stören ihn seinen heiligen Glauben, daß die Welt dormalen doch vorzüglich eingerichtet sei und die Staatsmaschine vorzüglich gehe. Mit 100 Pferdekraften werden die Papiere in die Höhe gehoben, das Gold regnet in den Schooß der Aktionäre, und Angesichts solcher Thatfachen klagt man über schlechte Zustände, Bedrückung, Ausfaugung. Sie sehen, selbst die Geister sind verrückt, indem sie solche Bestimmungen begünstigen. Solche Thorheiten in einer Zeit, wo die Unternehmungslust, unglaublich gehoben, von Tag zu Tag mehr nach allen Richtungen hin ihre Arme ausstreckt, den Segen der Arbeit ausstreuend, Cultur und Gesittung bringend in die entlegensten Gegenden. Diese Unzufriedenheit ist rein unbegreiflich. Tagtäglich verfeinert das Capital die Reize des Lebens und die Bequemlichkeit der Menschen; bei der Geburt schon begrüßen uns lächelnd die soliden Werthpapiere und geleiten uns freundlich bis ans Ende unseres Lebens. Der Tod ist eigentlich das einzig Unangenehme in diesem Meer irdischer Glückseligkeit, da es vorderhand noch nicht möglich ist, sich von demselben loszukaufen. Leider sollen auch die Himmlichen den Werth des Capitals noch nicht recht zu würdigen wissen, da man, so viel bis jetzt bekannt ist, beim Eintritt ins Jenseits kein Entrée zu bezahlen braucht. Die alten Griechen sahen hierin viel klüger; sie tranken dem Todten einen Obolus in den Mund, um den alten Charon zu bezahlen, wenn er die Schatten über den Fluß fährt, der die Erde von der Unterwelt trennt. Ach, daß dieser schöne Glaube dahin ist! Charon hätte nicht mehr die Mühe, seinen schwachen Kahn über den reisenden Strom zu rudern; man hätte längst mit Aktien eine schöne Brücke gebaut und der alte Fährmann säße ruhig und harmlos in seinem kleinen Brückenhäuschen, von den Todten nur ein kleines Sperrgeld erhebend. Das Christenthum ist freilich solchen Unternehmungen

sehr hinderlich. Wenn wir uns aber erst ganz davon befreit, wenn wir das schwarze Gespenst über die Berge gejagt und ein Volk von freien Denkern geworden sind, dann wird das Capital Segen ausströmen lassen aus seinem Füllhorn und Erde und Himmel verschönern.

Sie meinen vielleicht, daß ich scherze, aber ach, ich versichere Sie, daß mir bitter ernst zu Muthe ist, wenn ich sehe, wie wenig solche Ideen in das Herz der Menschen dringen. Sind wir doch jetzt schon auf dem Wege zur Verwirklichung dieser Ziele. So hat z. B. das Capital die Sorge für das Begräbniß bei uns schon längst fürsorglich in die Hand genommen. Vom Grab bis zum Himmel ist der Weg bekanntlich nicht weit und die geringen Hindernisse, welche der zweckmäßigen Umgestaltung dieses Weges noch entgegenstehen, werden bald überwunden werden. Wir werden kapitalistisch geboren, wir leben als Capitalisten und die Entreprise des pompes funebres\*) sorgt, daß wir auch kapitalistisch begraben werden. Unenoliches Glück! Vielleicht wird bald eine Aktien-Versicherungs-Gesellschaft für den Himmel gegründet und Gott der Herr wird mit Aklamation zum General-Direktor gewählt. Sie heißt dann „Von Gottes Gnaden“ — ein Titel, den sich so Mancher mit Unrecht aneignet. Zur Vollendung irdischer und himmlischer Glückseligkeit ist dann nichts mehr nöthig, als etwas Geld, bekanntlich eine sehr einfache Geschichte.

Mit dem echten Glaubensmuth des Helden stürzt sich denn auch der Liberalismus jedem Feinde dieses Ideals entgegen. Als jüngst ein wohlmeinender Mann, Dr. Roser, im Abgeordnetenhaus Anträge auf Feststellung der Arbeitszeit, auf Untersuchungen über die Lage der Arbeiter vorbrachte, da ließ es dem Liberalismus keine Ruhe. Mit dem Instinkt eines Indianers riecht er jeden wirklich oder vermeintlich socialistischen Windhauch und ist verflucht, sich zu ängstigen oder zu quälen. Jeder Gläubige kann zum Fanatiker werden, und da der liberale Bourgeois an seine socialen Doktrinen so sehr glaubt, so ist er fanatisch gegen Jeden, der nicht auch darauf schwört. Von allen Seiten kommen Petitionen gegen den staatsmüderischen Gedanken des armen Doktors; der wird manche Salbe aufzuschmierem haben, bis ihn die Insekten nicht mehr beißen.

Das war ein schöner Tag! Sie kennen doch das herrliche, fröhliche Arbeiterfest, dessen Lob und Preis aus allen Wiener Zeitungen wiederhallte und haben es wohl im Stillen selbst mitgefieiert. Da ist ein großer Mann, Ritter v. Wertheim, der den Arbeitern Brod, den Capitalisten Ruhe und Sicherheit gibt, ein Typus wahrer Humanität. Er versfertigt nämlich feuerfeste und einbruchssichere Geldkassen, so groß, daß sie Millionen bergen können, so schwer, daß sie 20 Stiere nicht vom Plage bringen. Jüngst hat er die 20,000ste Kasse fertig gebracht und dieses Ereigniß in würdiger Weise gefeiert. Alle Personen von Geld, Rang und Stand; vom Millionär und Reichskanzler bis zum Journalisten herab, waren geladen zum Feste der Arbeit. 800 Arbeiter mit Weib und Kind hatten einen fröhlichen Tag; es ist der Mühe werth solches zu sehen und zu hören. Wein und Essen prangten im reichsten Maaße; der Millionär trank mit dem Arbeiter, die Dame im seidenen Kleid sprach mit ihren einfachen Schwestern, und Glück und Zufriedenheit glühten auf den Wangen dieser braven Männer und Frauen; die Liebe zu ihrem Herrn glänzte in jedem Auge, das ganze Fest war ein Herz und eine Seele. Und als nun der edle Ritter von den zahlreichen Ansprachen und Toasten zu Thränen gerührt vortrat, in kurzen Worten den Arbeitern für ihre Liebe dankte und

\*) Begräbniß-Aktien-Gesellschaft (französisch).

zum Schlusse 5000 fl. in ihre Unterstützungskasse schenkte, da kannte der Jubel keine Grenzen, man schien vor Freude toll zu werden! — Leider war ich selbst nicht zu Gast geladen, und anstatt die schönen Gefühle, welche ich soeben geschildert, selbst zu fühlen, mußte ich sie in den Blättern lesen. Sie waren aber dort so schön gemalt, daß man die Wirklichkeit träumte, jedenfalls aber sehen konnte, daß der Wein des Hrn. Ritter v. Werthheim sehr gut war.

Sie sehen wohl selbst trotz Ihrer socialistischen Verstocktheit, daß ich das eben Erzählte sehr wohl hätte betiteln können: „Zur Lösung der socialen Frage“. In der That! Es ist das Verdienst der liberalen Zeitungsschreiber, hierauf aufmerksam gemacht zu haben. Ein glühender Bericht über das Werthheim'sche Fest schließt wirklich mit diesem rettenden Gedanken, „daß eigentlich eine sociale Frage bei näherem Zuschauen gar nicht existire.“ Beim Himmel, der Mann hat Recht! rief ich, als ich das las. Die sociale Frage existirt nur, weil so und so viel Menschen da sind, die Hunger und Durst haben, die sich anständig kleiden und daneben auch etwas lernen wollen. Wenn ich nun diesen Menschen sage: „Kommt zu mir, da eßt und trinkt einmal“ — etwa jährlich Einmal, und sie zum Schluß frage: „Nicht wahr, es geht Euch recht gut?“ so werden sie Alle wie aus Einer Kehle rufen: „Ja wohl! Es lebe unser Herr!“ Dann geht man ruhig nach Hause. Die sociale Frage ist gelöst, die Arbeiter sagten ja selbst, daß es ihnen gut gehe.

## Die Internationale Arbeiter-Assoziation an die Arbeiter aller Länder.

Arbeiter!

Kaum ist dem Streit zwischen unseren Bundesgenossen und den Fabrikherren in Basel, wenn nicht förmlich doch thatsächlich, ein Waffenstillstand gefolgt, so haben wir euch den Ausbruch neuer Kämpfe zwischen den Arbeitern und den Ausbeutern in Genf mit zwei, durch den Eigensinn und die Wortbrüchigkeit der letzteren unvermeidlich gewordenen Arbeitseinstellungen anzukünden. Hier kurz den Sachverhalt:

Laut schriftlicher Urkunde vom 19. September 1868 hatten die vereinigten Bauunternehmer anerkannt, daß mit dem 1. März jedes Jahres für die Marmorhauer, Steinhauer und Maurer die Zahlung des Sommertagslohns beginne. Nun verweigerten aber unerwartet drei der größten Bauunternehmer die von ihnen vertragsmäßig eingegangenen Verpflichtungen in Anwendung zu bringen; sie wagten es sogar den beschwerdeführenden Arbeitern zu erklären, daß diese sich nicht auf dieses oder jenes Schreiben, auf diese oder jene Uebereinkunft zu berufen, sondern sich einfach den (wohl durch die Konkurrenz bestimmten) Bedingungen ihrer Meister zu unterwerfen hätten. Ja, als die Herren gewahrten, daß die Arbeiter auf der strikten Durchführung des gegenseitigen Vertrags beharrten, versuchten sie die geschlossene Haltung derselben durch plötzliche Entlassung der Wortführer des Präsidenten, Sekretärs und zweier anderer Mitglieder der speziellen Sektion des internationalen Arbeiterbundes zu brechen. Selten ja all solche Schreckschiffe der Bourgeoisie — die freilich stets neben die Scheibe gehen — der Sprengung des internationalen Bundes. Nach einem viertägigen (10. bis 14. März) leider vergeblichen Versuch, die Angelegenheit in gütlicher Weise zu schlichten und nachdem das hiesige Zentralkomite die Sachlage geprüft und die Arbeitseinstellung völlig berechtigt befunden, verließen sämtliche Arbeiter die betreffenden drei Werkplätze.

Aber auch die hiesigen Nachfolger Guttentbergs, die nicht nur die Erfindung ihres großen Meisters, sondern auch deren

zeitweilige Vervollkommnung zur ausschließlichen Ausbeutung in gottbegnadigtem Besiß zu haben glauben und ihre Arbeiter als von der „Vorsehung“ und Natur ihnen geschenkte Werkzeuge und Triebskräfte zu betrachten sich gewöhnt haben, beliebten ebenfalls nicht zu geruhen der Gerechtigkeit ihr Ohr zu leihen.

Der Lohn tarif der hiesigen Schriftsetzer und Drucker besteht unverändert schon seit 19 Jahren. Welchen Umschwung jedoch das innere Betriebswesen der Buchdruckerkunst und die äußern Lebensverhältnisse der Arbeiter erlitten haben und eine neue Regelung der Lohnsätze bedingen, liegt klar vor Aller Augen. Haben ja selbst die Herren „Prinzipale“ schon im Jahre 1860 die Nothwendigkeit einer den veränderten Verhältnissen entsprechende Umschaffung des Lohn tarifs anerkannt, was sie aber bei der schwachmüthigen Willfährigkeit des damaligen Komites und wohl auch der Revisionskommissionen der Jahre 1860 und 1868 durch allerlei Winkelzüge bis auf die neueste Zeit zu hintertreiben wußten. Doch ein neuerwähltes Komitee und eine am 14. Februar 1869 ernannte Revisionskommission nahm die Sache mit Ernst in die Hand und wurde dieser Tage ein vom Typographenverein mit großer Mehrheit angenommener, veraltete Verhältnisse regelnder Tarif zu einer Lohnausbesserung von etwa 14 Prozent den Herren „Prinzipalen“ zugesandt. Diese Herren aber verweigerten nach wiederholten Besprechungen mit den Delegirten ihrer Arbeiter entschieden und fast einstimmig dessen Annahme.

So blieb auch hier nichts anderes übrig als zu dem, der alle Reichthümer erzeugenden Klasse einzig belassenen, Kampfmittel: der Arbeitseinstellung zu greifen, welche Maßregel von dem, den Verhandlungen mit Aufmerksamkeit\* folgenden, hiesigen Zentralkomitee gutgeheißen war.

Arbeiter!

Das Verlassen der Bauplätze und Werkstellen der Marmorhauer, Steinhauer, Maurer, sowie der Schriftsetzer und Drucker schließt nicht nur eine volle Berechtigung, sondern auch eine unumgängliche Pflichterfüllung in sich. Ihre widerstandslose Unterwerfung wäre für die Gewerksktyrannen allerorts eine Aufforderung zu Eurer weitem Unterdrückung, ihr Sieg dagegen wird Euch überall das Ringen um Eure Befreiung erleichtern. Selbst eine Niederlage nach energischem Kampfe trägt für die allgemeine Sache ihre guten Früchte. Darum begehrt jeder, der sich widerstandslos nach dem Willen der Ausbeuter in das Kapitaljoch fügt, Verrath an der Befreiungs- und Gleichheitsbestrebung der einen großen Bruderfamilie, zu der die Arbeiter aller Welt gehören.

Was nun zu thun ist, wißt Ihr! Ihr wißt, daß Ihr durch Euren moralischen und materiellen Beistand den Brüdern in Genf kämpfen und siegen helft. Aber Ihr wißt auch, daß diese die werththätige Solidarität in der großen Familie mit Nachdruck zu üben verstehen, daß Euer Leid ihr Leid, Euer Leben ihr Leben ist und ihre ganze Bestrebung der Erlösung Aller gilt. — Alles durch und für die Arbeit.

Genf, 21. März 1869.

Mit social-republikanischem Brudergruß und Handschlag,  
das Zentralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache  
der internationalen Arbeiterassoziation:

Joh. Ph. Becker, Präsident. Th. Remy, Sekretär. Kantenberg, Buchhalter. E. H. Jaehrig. W. Rau. Hoferer. Faul. Walz. Fries. Ludwig Weiß.

Freiwillige Gaben und Darlehen von Vereinen und Mitgliedern beliebe man an Joh. Ph. Becker, Pré-l'Evêque, 33, Genf, zu adressiren. Nähere, mit authentischen Aktenstücken belegte Berichte über den Verlauf der Arbeitseinstellungen wird der „Borbote“ bringen.

## Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

Zu Paris bereiten sich 100,000 Bauarbeiter zur Arbeitseinstellung vor.

**Brüssel.** Die letzte Nummer der „Internationale“, Organ des Internationalen Arbeiterbundes erscheint mit Trauerband zum Andenken an die Niedermetzelung der Bergarbeiter bei Charleroi am 27. März des vorigen Jahres. — In derselben Nummer werden die belgischen Buchbinder, insbesondere die Association der Buchbinder von Brüssel (Roue d'Or, rue des Tanneurs, Bruxelles) aufgefordert, sich dem Internationalen Buchbinderverein anzuschließen.

**Nürnberg.** Die Rothgießer-Gewerksgenossenschaft ist im besten Zunehmen. Wie natürlich nicht anders zu erwarten, hat man auch von nationalliberaler Seite versucht, die Leute in den Duncker-Hirsch'schen Musterack zu treiben. Von hier aus gings nicht, weil man hier begreiflicher Weise ihren Sirenengefang kennt und die Ohren mit Wachs verstopft. So versuchte man's von Coburg aus. Von einem „Gewerksgenossen“ kam ein ellenlanges vierblättriges Schreiben, das des Langen und des Breiten vor dem lassalleanischen sowohl, als dem bebel'schen Statut warnt und in warmen Worten das nationalliberale empfehl. Nur schade, daß der gutgemeinte Rath auf so unfruchtbareren Boden fällt. — Vom Wiener Studentencub, der bereits 600 Mitglieder zählt, hat unser Verein eine Zuschrift erhalten, die schließt: Arbeiter Nürnbergs! haltet hoch die heilige Fahne der Volkssache und Volksherrschaft und laßt sie überwältigt werden von der Fahne der tüchtigen selbstbewußten Mannesarbeit! Nehmt aus der Ferne unsern herzlichen Handschlag und zählt stets auf uns als Mitstreiter auf dem Felde der „Einheit durch die Freiheit!“ — Possierlich ist, wie unsre Fortschrittler (National-Liberalen) durch die Arbeiterfrage in Wallung gebracht wurden. In Inzeraten kann man täglich finden: Volkswirtschaftlicher Verein für Nürnberg und Umgegend: heute Besprechung der Arbeiterfrage in Nürnberg, heute in Fürth. Bürgerverein: heute Besprechung der Arbeiterfrage u. s. w. Jedermann wird eingeladen. Aber sonderbar! geht man in den volkswirtschaftlichen Verein nach Fürth, so trifft man dieselben 20 Leute an, die gestern in Nürnberg tagten — und noch sonderbarer, geht man andern Tags in den Bürgerverein, so sieht man wieder Physiognomien, die denen von gestern und vorgestern ähnlich sehen, wie ein Ei dem andern, auch die Stimmen der Redner klingen den gestrigen so verdammt ähnlich und nur der Unterschied ist zu entdecken, daß heute, vielleicht in Folge des bessern Stoffes, bei einem oder dem andern der „Zungenschlag“ sich um eine Stunde eher einstellt als gestern. Interessant ist auch das Endergebnis, das sie aus ihren Redebandwürmern herausziehen. In der Arbeiterversammlung bei Gelegenheit der Anwesenheit der Agitatoren des Herrn von Schweizer stimmten sie sammt und sonders (mit Ausnahme von 2) dem Satz zu, daß die Versammlung Jeden, welcher nicht den freien, auf Volkssouveränität gegründeten Staat als Vorbedingung zur Lösung der sozialen Frage anerkennt, als einen Feind oder Verräther an der Sache der Sozialdemokratie erklärt. Im „Volkswirtschaftlichen“ entdeckten und erklärten die vorerwähnten 20: Die soziale Frage kann nur durch den völligen Ausbau des modernen Rechtsstaates zur Lösung gelangen. Letzte Woche kamen die 20 endlich in höchst „geheimer vertraulicher“ Sitzung, diesmal als „Vertrauensmänner der bayrischen Fortschrittspartei“, zu dem Resultat: „daß die soziale Frage nur auf „friedlichem“ Wege durch erhöhte Bil-

dung und Selbstthätigkeit und die dadurch begründete Fähigkeit zur Bildung von Genossenschaften zum Heile der Arbeiter gelöst werden kann. „Dagegen halten wir (sagen sie weiter) die Anforderung der Staatshilfe oder noch vielmehr die Forderung von Gemeinlichkeit der Produktionsmittel und der Kapitalien im demokratischen, wie in jedem andern Staatswesen für verderblich und unausführbar, der Verwirklichung der Interessen der Arbeiter Gefahr bringend. Wir (die 20) würden hierin den Untergang jeder Freiheit, der individuellen menschlichen Entwicklung, die Vernichtung der Cultur und die Einführung eines unerträglichen Staatsdespotismus erblicken.“ Sie sehen, die Herren geben sich Mühe, die Klarheit ihrer Köpfe noch mehr zu klären. — Etwas ist gut bei diesem Treiben: daß es den Vogelängern, bestehend aus Erlanger Professoren und Nürnberger Advokaten und Fabrikanten, nicht mehr gelingt, trotz der süßesten Lockungen, viel Simpel auf die vorgehaltene Leinwand zu locken.

**Bamberg, 30. März.** Endlich wirds auch bei uns Ernst mit der Gründung eines Arbeitervereins und zwar eines sozial-demokratischen, nachdem ein ultramontaner katholischer Gefellenverein hier schon seit Jahren besteht. Nächsten Montag soll die konstituierende Versammlung stattfinden und werden uns bei dieser Gelegenheit Nürnberger und Fürther Freunde zur Unterstützung besuchen. Wir hoffen, Ihnen recht bald ein gutes Resultat melden zu können.

(Soll uns sehr freuen; wir denken, unsere bairischen Freunde werden an anderen Orten gleichfalls die Bohrer ansetzen, an Boden dazu fehlt's nicht. D. Vorort.)

**Erlangen, 29. März:** Unsere Gewerksgenossenschaft der Wollarbeiter macht gute Fortschritte; in Kürze soll eine Krankenunterstützungskasse gegründet werden; ferner haben wir beschlossen innerhalb der nächsten 8 Tage eine halbe Stunde von hier entfernt, wo sich eine große Baumwollenspin- und Weberei befindet, eine Versammlung abzuhalten um dort eine Zweigenossenschaft ins Leben zu rufen.

**Geislingen, 26. März.** Wie ich Ihnen neulich mittheilte, hatte das hier sehr überwiegende nationalliberale Element auch im Arbeiterbildungs-Verein die Oberhand erhalten. Die sozial-demokratischen Elemente im Verein hielten es deshalb für angemessener, ihre Zeit und ihre Kräfte zu Besserm zu verwenden, als zu fruchtlosen Zänkereien, sie traten aus und gründeten auf Grund des Nürnberger Programms einen neuen Verein. Derselbe ist zwar noch schwach, er wird aber ganz bestimmt zunehmen, wenn der junge Verein, wie es die Absicht der Mitglieder ist, sich auf das Entschiedenste der vielfach gefährdeten Arbeiter-Interessen annimmt. Der erste Beschluß des Vereins nach seiner Constituierung war, sich dem Gauverband der württembergischen Arbeiter-Vereine und dem Verband der deutschen Arbeiter-Vereine anzuschließen; auch wurde sofort auf die Organe dieser beiden Verbände abgemittelt.

**Gingen bei Geislingen.** Am 14. März hatten wir hier eine Arbeiterversammlung. Tagesordnung: 1. Unterstützung der Agitation gegen die Coalitionsbeschränkungen; das Genossenschaftsgesetz; die Wahlen zum Zollparlament betreffend. 2. Die Gewerksgenossenschaften. — Die Versammlung war sehr stark besucht, von etwa 400 Mann, Arbeiter und Bourgeois aller politischen Parteien waren vertreten. Der Vorstand des Geislinger Arbeitervereins eröffnete die Versammlung und ersuchte die Anwesenden, einen Vorsitzenden zu ernennen. Dr. Knaus wurde vorgeschlagen, derselbe verzichtete jedoch unter dem Vorgeben, daß er sich sehr stark an der Debatte zu betheiligen ged.nte. Dasselbe geschah Seitens des Vorstandes Wilhelm, worauf der Arbeiter Schneider von Geislingen zum Vorsitzenden ernannt wurde.

Während Verlesung der Petition kamen die Göppinger, Eßlinger und Stuttgarter Freunde mit dem Bahnzuge an, und beteiligten sich auch sofort an den Debatten. Folgende Resolutionen wurden einstimmig gefaßt: 1) Die Versammlung erklärt sich gegen die Beschränkungen des Coalitionsrechtes und fordert zu energischer Agitation gegen dieselben auf; zur Ausgleichung von Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern empfiehlt sie dringend die Einführung der Gewerbechiedsgerichte. 2) Die Versammlung nimmt in Betreff des Gesetzesentwurfs der Genossenschaften von den Mängeln — insbesondere der zwangsweisen Einführung der solidarischen Haftbarkeit — Notiz, und beschließt, sobald das Gesetz der Kammer vorgelegt wird, darüber zu beraten. 3) Die Versammlung erkennt den Nutzen und die Notwendigkeit der Gewerkschaften und fordert die Anwesenden zur Gründung derselben an.

Die Freunde Nos von Stuttgart, Borsl und Kutter von Göppingen sprachen ausgezeichnet und ernteten reichen Beifall. Mancher der Arbeiter sprach sich beim Nachhausegehen dahin aus, daß solche Versammlungen recht zur Aufklärung dienen. Auch wir wünschen, daß bald wieder eine ähnliche Versammlung stattfinden möge.

**Luckenwalde, 22. März.** Unser Arbeiterverein hatte für vorigen Sonnabend eine allgemeine Volksversammlung einberufen, und zwar in das größte Lokal der Stadt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Herrn Bebel aus Leipzig über die soziale Frage. Lange vor Beginn der Versammlung waren Saal und Nebenräume überfüllt, unsere Bourgeoisie hatte sich, um den Vortrag bequem anhören zu können, die Orchestergalerie reservieren lassen, was Veranlassung war, daß nach dem Schluß des Vortrags, den die Versammlung mit rauschendem Beifall lohnte, viele Arbeiter, nach dem Orchester gewandt: „Musik! Musik!“ riefen, was allgemeine Heiterkeit verursachte. Herr Szimanowsky, der Vorsitzende unseres Arbeitervereins, eröffnete die Versammlung und hieß die Anwesenden willkommen. Er theilte dann Herrn Bebel das Wort. In seinem Vortrag gab dieser zunächst ein Bild der geschichtlichen Entwicklung der Arbeit: der Sklaverei, Leibeigenschaft (Hörigkeit) und modernen Lohnarbeit. Er wies nach an der Entwicklung von Gewerbe und Industrie in den letzten hundert Jahren, daß die Großproduktion mehr und mehr an Stelle der Kleinproduktion und des Kleingewerbes trete, wie dadurch aber auch von Jahr zu Jahr die Schwierigkeit größer werde, sich zur Selbstständigkeit emporzuarbeiten. Das Kapital, mit sich selbst konkurrierend, verjage stets neue Industriezweige und Gewerbe in den Kreis der Großproduktion zu ziehen, so daß schon jetzt die Zeit nicht mehr fern sei, wo das Kleingewerbe zum größten Theil zu existieren aufgehört habe. Im weiteren Verlauf des Vortrags behandelte Redner das moderne Lohnverhältnis, die Regulierung des Arbeitslohns durch Angebot und Nachfrage innerhalb des Kreises der Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, erörterte die unter den beiden Schlagworten „Selbsthilfe“ und „Staatshilfe“ vorgeschlagenen Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage, wobei er zu dem Schluß kam, daß die unter dem Namen „Selbsthilfe“ vorgeschlagenen Mittel theilweise von nur geringem, theilweise von gar keinem Nutzen für den Arbeiterstand seien; umgekehrt sei die „Staatshilfe“ nur dann annehmbar, wenn sie im Volksstaat, im rein demokratischen Staat, wo sie mit Selbsthilfe gleichbedeutend sei, gewährt werde. Jede andere Staatshilfe vom jetzigen Staat sei ein zweideutiges Geschenk, das der Staat nur gewähre, um die Arbeiter für reaktionäre Zwecke auszunutzen. Der heutige Staat sei der Ausfluß einer Klassenherrschaft, in die sich das Fürstenthum mit dem Feudal-Adel

und der Bourgeoisie theile; das bewiesen unsere ganzen staatlichen Einrichtungen: Volksvertretungen, Steuersystem, Militärsystem, Rechtspflege u. s. w. Hauptaufgabe müsse also sein, mit allen Mitteln auf die Errichtung des demokratischen Volksstaats hinzuwirken. Dies sei nur zu erreichen durch eine Organisation des gesammten Arbeiterstandes in social-politischen Vereinen und Gewerkschaften. Redner erläuterte Zweck und Bedeutung der letzteren und schloß mit der Aufforderung, sich diesen Organisationen anzuschließen. Der anderthalbstündige Vortrag wurde mit größter Spannung und mit häufigen Beifallsbezeugungen angehört. Nach dem Vortrag forderte der Vorsitzende die Gegner auf, sich zum Wort zu melden, allein Alles schwieg. Da auch wiederholte Aufforderungen fruchtlos waren, so schloß nach halb 11 Uhr der Vorsitzende die Versammlung. Für das Wachsthum unseres Arbeitervereins und die Beteiligung an den Gewerkschaften war die Versammlung von dem größten Nutzen. Mögen die Crimmitschauer Freunde mit Einberufung einer Generalversammlung für eine Manufaktur- und Handarbeitergenossenschaft bald vorgehen, auf starke Unterstützung durch uns dürfen sie rechnen.

**Luckenwalde, 30. März:** Am ersten Feiertage war ein Stuhlarbeiter, allem Anschein nach von Herrn Max Hirsch geschickt, hier und überreichte uns eine Petition an den „Reichstag“ und die Hirsch-Dunder'schen Statuten für eine Gewerkschaft der Stuhlarbeiter. Wir haben den Mann ordentlich ausgehört und aus dem von ihm Gehörten entnommen, daß er im Auftrag der genannten Herren uns zu gewinnen suchen sollte. Die Petition an den Reichstag haben wir wegen verschiedener Ausstellungen an ihrem Inhalt nicht unterschrieben.

**Magdeburg, 23. März.** Seitdem Hr. Bebel hier vor einer großen Versammlung die sozial-politischen Prinzipien seiner Partei zum Ausdruck gebracht, sowie die Ausführungen des Dr. Max Hirsch so schlagend widerlegt hat, ist eigentlich ein Stillstand eingetreten. Obgleich man wiederholt versuchte, der Agitation einen größeren Umfang zu verschaffen, blieb es stets bei unmerklichen Erfolgen. Auch für die andere Partei (Dr. Max Hirsch) ist kein besonderer Fortschritt zu vermerken. Dahingegen ist unsere Schwesterstadt Budau vollständig organisiert und den Gegnern der Boden unter den Füßen entzogen, welchem Beispiele auch die „Neustadt“ folgen wird. Die größeren Städte haben nicht selten in der sozial-demokratischen Bewegung einen geringeren Erfolg aufzuweisen, als bedeutend kleinere Orte, was namentlich seinen Grund in den gefälligen Zerstreuungen hat, welche sie darbieten. Magdeburg steht bei weitem gegen andere Orte zurück, und es bedarf unermüdlicher Thätigkeit, wenn eine Grundlage bis zur nächsten „Reichstagswahl“ gewonnen werden soll. Dies hat auch das hier bestehende social-demokratische Comité erkannt und ist bemüht nach besten Kräften zu wirken. So hat dasselbe nach mehreren gescheiterten Versuchen auf morgen eine Volksversammlung ausgeschrieben, wozu eine auswärtige Kraft, der unermüdliche brave Agitator Herr W. Bracke jun. aus Braunschweig, welcher hier schon mit großem Erfolg gesprochen, eingeladen ist. Es wird diese Versammlung Gelegenheit geben, die Verhandlungen des „Reichstags“ gebührend zu beleuchten. Ueber den Verlauf werde ich später berichten.

Die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ läßt es an gehässigen Angriffen auf uns nicht fehlen. Nach ihr ist der Sozialismus d. h. die Arbeiterbewegung ein verwerfliches und ungerechtfertigtes Ding, und selbst die früher vielfach von ihr geforderte Coalitionsfreiheit im Allgemeinen nur gefährlich

Mit Lob überschüttet das Bourgeoisblatt aber die „besten Kenner der National-Oekonomie“ — die Herren Dr. Braun und Consorten. Die Verhandlungen des „Volkswirtschaftlichen Congresses“ vom vorigen Jahre in Breslau beweisen hinlänglich die Fürsorge dieser edlen Herren für das Wohl der arbeitenden Klasse, welches ihnen so sehr am Herzen liegt, indem dort vor Beginn eines Antrages, welcher den Arbeiterstand berührte, der Schluß des Congresses beschlossen wurde. Der „Reichstag“ bietet ein gleiches Bild dar; „Heiterkeit“ oder Gleichgültigkeit der Herren Volkswirtschaftler, wenn die Sache der Arbeiter zur Sprache kommt.

**Weimar, 26. März:** Vorige Woche war hier eine Arbeiterversammlung ausgeprochen, in der zwei „Agitatoren“ des Allg. d. Arbeitervereins auftreten wollten. Die Erwarteten erschienen jedoch nicht und wurde von einigen Mitgliedern des hiesigen Wahlvereins die Gelegenheit benutzt, um den circa 300 Anwesenden den politischen Standpunkt, den die Arbeiter bei ihren Bestrebungen einnehmen müssen, und der nur der demokratische sein kann, darzulegen.

Demnächst wird wieder eine Arbeiterversammlung stattfinden und wäre es uns lieb, wenn einer unserer Leipziger Freunde zugegen wäre.

**Dresden, 29. März:** Bei uns ist ein Comité von 17 Zimmerleuten zusammgetreten um die Gründung einer allgemeinen Gewerksgenossenschaft der Zimmerleute vorzubereiten. Die paar Hagsfeldter, die wir unter unsern Leuten zählen, boten alles auf um die Gewerksgenossenschaft zu hintertreiben, es ist ihnen aber nicht gelungen. Als Unterlage der Statutenberathung ist das Statut des Vororts angenommen worden. Am 23. März war bereits die erste Versammlung, morgen am dritten Feiertag soll die zweite sein. Die verwandten Gewerbe, wie Schiffs- und Brunnenbauer, Zengarbeiter u. s. w. wollen wir mit hinzu nehmen.

**Leipzig, 27. März:** Ueber den Besegentwurf betreffend die gerichtliche Beschlagnahme noch nicht verdienter Arbeitslöhne, welcher eben dem „Reichstag“ zur Berathung vorliegt, entstand in der letzten Mittwochversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins eine sehr animirte Debatte. Es entstand die Frage: ob durch eine beschränkte oder gänzliche Aufhebung der Beschlagnahme von Arbeitslöhnen dem Arbeiter nicht auch wieder Schaden erwachse, indem sein Kredit geschmälert würde. Nach einer eingehenden Debatte, bei welcher die Frage von den verschiedensten Gesichtspunkten durch die Herren Kühner, Bebel, Hofmann, Baer, Krause u. A. beleuchtet wurde, entschied sich die Versammlung mit allen gegen 2 Stimmen für die gänzliche Aufhebung der Beschlagnahme von Arbeitslöhnen.

Wir zeigen unseren Partei- und Verbandsgenossen hiermit an, daß wir eine zweite Auflage des Berichts über die Verhandlungen des 5. Vereinstags deutscher Arbeiter-Vereine veranstaltet haben. Bestellungen darauf bitten wir baldigst an uns gelangen zu lassen. Der Preis beträgt à Stück 1 1/2 Sgr. Die Broschüre über die Arbeitseinstellung in Basel im Winter 1869 — 1869 von Joh. Phil. Becker in Genf ist ebenfalls durch uns zu beziehen. Das Stück kostet 2 1/2 Sgr., der Ertrag ist für die feiernden Arbeiter in Basel bestimmt.

Die in dem letzten Circulair an die Verbandsgenossen angegedutete nothwendige Umgestaltung unserer Organisation wird von unserer Seite einer gründlichen Belenchtung durch ein besonderes Flugblatt unterzogen werden. Unsere

Verbandsgenossen werden die Vorschläge zur Reorganisation und die Gründe dafür genau prüfen, damit auf dem nächsten Arbeitertag, der wahrscheinlich Ende August, kurz vor dem Congreß der Internationalen Arbeiter-Association stattfinden wird, die wünschenswerthe Klarheit vorhanden ist. Ein Austausch der Meinungen über die Organisationsfrage in diesem Blatte ist selbstverständlich wünschenswerth.

Um die Gründung neuer Arbeitervereine auf der socialdemokratischen Grundlage des Nürnberger Programms leichter zu ermöglichen, wird der Vorort in kürzester Zeit ein Normalstatut entwerfen, das zu billigstem Preise durch uns zu beziehen ist. Brieflich werden wir uns mit denjenigen Orten in Verbindung setzen, von denen aus zunächst eine agitatorische Thätigkeit vorzunehmen ist. Wir können hierbei die erfreuliche Mittheilung machen, daß die Reise des Hrn. Liebknecht und des Unterzeichneten zu den Osterfeiertagen nach Barmen-Elberfeld reichliche Gelegenheit gab, Verbindungen mit Gesinnungsgenossen anzuknüpfen oder zu erneuern, und daß namentlich die Gründung von Vereinen an mehreren Orten des Rheinlands bevorsteht. Es gibt im Rheinland nicht allein gut sozialistisch, sondern auch gut radikal-demokratisch gesinnte Männer, und Solche sind nothwendig, wenn die Bewegung einen gesunden Verlauf nehmen soll.

Betreffs der Gewerksgenossenschaften theilen wir mit, daß der Aufruf der Crimmitschauer Gesinnungsgenossen zur Beschickung eines Congresses der Tuchmacher, Weber, Wäcker, Färber u. s. w. wahrscheinlich in der nächsten Nummer d. Bl. erscheinen wird. Für die Zimmerleute sind, wie aus einem Bericht in dieser Nummer hervorgeht, die Dresdener Fachgenossen daran, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen. Die allgemeine Schuhmacher-Gewerksgenossenschaft rasch ihrer Constituirung entgegenzuführen, haben sich Dresden und Leipzig vereinigt. Bezügliche Anfragen hierauf sind an Hrn. Ulrich, Schuhmacher, Gewandgäbchen in Leipzig, zu richten. Die Metallarbeiter werden zunächst in Nürnberg ihren Schwerpunkt finden, die Rothgießer dort sind bereits vorangegangen und werden die anderen Metallarbeiter ebenfalls heranziehen. Freudig können wir festsetzen, daß unsere Partei überall sich rührt und täglich mehr an Boden gewinnt. Nur frisch vorwärts auf dem betretenen Wege, er ist der rechte, das Ziel wird um so schneller erreicht, je kräftiger wir arbeiten!

Ein Bericht über den Buchbinder-Congreß, der während der Feiertage in Leipzig abgehalten ward, folgt in nächster Nummer.

Mit sozial-demokratischem Gruß und Handschlag im Namen des Vororts  
Leipzig, den 31. März 1869.

Bebel, Vorsitzender.  
Um zahlreichen Einladungen nach Mittel- und Süddeutschland zur Abhaltung von Versammlungen nachkommen zu können, erkläre ich, daß ich nach Schluß der Reichstags- und Zollparlamentsession eine größere Reise dorthin unternehmen werde. Ueber die Zeit und Reihenfolge der Versammlungen werde ich die Parteigenossen seiner Zeit näher in Kenntniß setzen.  
A. Bebel.

Meine Wohnung befindet sich seit dem 15. ds. Mts.:  
**Wiedener Hauptstraße 61.**  
Wien, am 23. März 1861.  
Heinrich Oberwinder.

Verantw. Redacteur: **W. Liebknecht** (Branstr. 11).  
Mitredacteur: **Carl Girich.**

Leipzig. { Druck und Verlag: **F. Ziehe.**  
Expedition: Petersstraße 18.

Siehezu eine Beilage.

An die Redaktion des „Demokratischen Wochenblattes.“  
Leipzig, den 30. März 1869.

Wir ersuchen um sofortige Aufnahme folgender Zeilen:

## Der internationale Buchbinder-Kongress zu Leipzig.

Die Vorversammlung wurde am Sonntag, den 28. März Vormittags 10 Uhr eröffnet. Vertreten waren 24 Städte durch 32 Delegirte, von denen die Mehrzahl aus Leipziger Kollegen bestand. Die Delegirten der Arbeiterschaft der Buchbinder, 3 an der Zahl, vertraten folgende Orte: Mackert aus Offenbach a. M. für Offenbach, Frankfurt a. M., Hanau und Würzburg; Johr aus Barmen für Barmen und Coblenz; Peter aus Berlin für Elberfeld, Bonn, Cassel, Hamburg und Hannover.

Bei Berathung der Geschäftsordnung wurde auf Antrag von Keller aus Stuttgart der Beschluß gefaßt: „Jeder Delegirte kann nur 2 Mandate vertreten.“

Unseren Delegirten waren damit 4 Mandate rechtswidrig entziffen. In der Hoffnung, trotzdem noch etwas Nützlichliches zu können, blieben wir im Congreß. In der Specialdiskussion zeigte sich, trotzdem wir dem Congreß der Einigkeit zu Liebe entgegen kamen, daß schwerlich eine Einigkeit zu Stande kommen würde. Die Sattler und Handschuhmacher aufzunehmen, verweigerte man trotz unserer energischen Protestation sowohl beim Einleitungsparagraphen als auch beim § 3, in dem ausgesprochen ist, wer in den Verein aufgenommen werden soll. Alle Arbeitgeber können nach diesem Paragraphen durch geheime Abstimmung der Mitgliedschaft am Orte aufgenommen werden.

Es drängte sich uns danach die Ueberzeugung auf, daß unser ferneres Verbleiben im Congreß von keinem Nutzen sein könne, und wir beschloßen auszutreten. Ehe wir jedoch diese Erklärung im Congreß abgaben, machte der Präsident, Herr Berner, dem Congreß Mittheilung davon. Auf Antrag von Hoy aus Eßlingen wurde folgende Resolution gefaßt:

„Der Congreß erklärt, daß wenn die Genossenschaft der Buchbinder, die unter Vorsitz des Herrn Peter gegründet worden ist, sich dem internationalen Verein der Buchbinder bis 1. Mai anschließen will, die anderen Gewerken angehörenden Mitglieder — Sattler, Kiemer u. — mit aufgenommen werden, jedoch können neue Mitglieder dieser Gewerke nicht mehr aufgenommen werden.“

Zuvor hatte Peter in Abwesenheit von Mackert und Johr die Erklärung abgegeben, daß er für seine Person, falls die Resolution angenommen werden sollte, noch weiter mit tagen und für Einigung wirken werde, wenn das Statut in den wichtigsten Punkten ihm als annehmbar erscheinen würde.

Der ganze Verlauf der weiteren Verhandlungen sowie der Umstand, daß zwei Vertreter aus Stuttgart und Eßlingen mit den Mandaten, welche wir ihnen übertragen hatten, in allen Punkten gegen uns stimmten, bestimmte uns, aus dem Congreß auszutreten. Am Dienstag, den 30. März, Morgens bei Beginn der Sitzung gaben wir folgende schriftliche Erklärung ab:

„In Erwägung, daß der vielverheißende neutrale Boden vom Congreß dadurch verlassen worden ist, daß derselbe den Delegirten für Dresden und Saarlouis dieselben Mandate, die er den Unterzeichneten abgesprochen, zuerkannt hat, daß er ferner durch Entziehung der Mandate bis auf 2 pro Mann das demokratische Prin-

zip verletzt und sich einer großen Rechtsverletzung schuldig gemacht hat, erklären die Unterzeichneten ihren Austritt aus dem Congreß, und ziehen zugleich unsere sämtlichen, an andere Delegirte übertragenen Mandate zurück.“ Peter. Mackert. Johr. Zeuge.

Nach kurzer Motivirung entfernten wir uns aus dem Congreß. Wir werden, falls ein Protokoll gedruckt wird, an alle Mitgliedschaften ein Exemplar versenden.

Peter. Mackert. Johr.

## Aus England.

London, den 22. März.

Die Auserwählten der britischen Nation haben bereits sechzehn Stunden hin und her geschwatz, ob die irische Staatskirchenbill zum zweiten Male verlesen werden soll. Edward Miall, der Redakteur des „Nonconformist“, welcher als der hohe Priester der nicht Staatskirchen-Gläubigen anerkannt wird, sagte, man könnte getroßt, ohne Gefahr den Preis bezahlen zu müssen, eine große Belohnung ausschreiben für denjenigen, der ein neues Argument oder einen neuen Schein eines Arguments in die Debatte bringen sollte. Die Wahl hat die Frage selbst unwiderrüflich entschieden, dennoch geberdet sich die Opposition, als sei noch eine Möglichkeit vorhanden die Sache rückgängig zu machen. Der langen Oppositionsreden kurzer Sinn ist, daß die Einmischung des Parlaments in die Eigenthumsverhältnisse einer Korporation Einmischungen in die Privateigenthumsverhältnisse nach sich ziehen wird, und daß die Abschaffung der Staatskirche in England eine nothwendige Folge der Abschaffung der Staatskirche in Irland sein muß. Ein Redner legte besonderes Gewicht darauf, daß die Prediger, die von den freiwilligen Gaben ihrer Anhänger abhängen, gewöhnlich niedriger Abkunft sind. Das heißt mit anderen Worten: werden die Pfaffen nach Verdienst belohnt, so hört der Priesterstand auf eine Zuspucht für die unbrauchbaren Söhne der höheren Klasse zu sein. Es ist offenkundig, daß die englische Staatskirche hauptsächlich aus Leuten besteht, die zu nichts Anderem fähig sind. Wie ehrlich die irischen Bischöfe mit den Kirchengütern hausgehalten, läßt sich aus den Pachtkontrakten ersehen. Der Herzog von Abercorn, der Präsident der „Vertheidigungs-Association der irischen Kirche“ hat 5736 Acker Kirchenland in Pacht, für welches er jährlich 26 Groschen den Acker bezahlt. Ein gewisser Jones, ein Nachkomme eines früheren Bischofs, hat 5938 Acker, für 24 Groschen den Acker. Die Familie des gegenwärtigen Erzbischofs von Dublin hat 7509 Acker, für 1 Thlr. 11 Groschen den Acker. Der Marquis von Waterford hat 1532 und Maxwell, ein Verwandter eines Bischofs, hat 2133 Acker, für 24 Groschen den Acker. In der Grafschaft Meath haben zwei Mitglieder einer Familie 8273 Acker, für 9 Groschen den Acker und in der Nachbarschaft von Dublin hat ein Mann 7050 Acker für 6 Groschen 8 Pfennige den Acker. Diese Herren treiben ebenso wenig Ackerbau wie ein Londoner Schuster oder Schneider. Die englischen Kirchen- und Kron-Domänen sind auf ähnliche Weise verpachtet. Wohl mögen diese Herren eine Einmischung in die Eigenthumsverhältnisse befürchten.

Der Strike in Preston dehnt sich aus. Am 14. März fand eine Delegirten-Versammlung der Baumwollen-Spinner von Lankashire, Cheshire, Yorkshire und Derbyshire statt, auf welcher 47 Delegirte zugegen waren, die einstimmig beschloßen, die Leute von Preston im Fall einer Arbeitseinstellung zu

unterstützen. Am 16. März hielten die vereinten Gewerks-Genossenschaften von Preston eine Versammlung, die ebenfalls zu Gunsten der Fabrikarbeiter entschied. Am 17. wurde die Arbeit in fünf Fabriken eingestellt. Die Anzahl der in diesen Fabriken beschäftigten Spinner und Weber beläuft sich beinahe auf 3000. Da die Lohnherabsetzung nicht gleichzeitig in allen Fabriken angezeigt worden, so ist dieses nur der Anfang. Die Gesamtzahl der Fabriken, in welchen die Anzeige erfolgt („Notiz gegeben“) ist, beläuft sich auf mehr als 50. Die Arbeiter sind in einer sehr unangenehmen Lage. Wäre die Lohnherabsetzung in Preston ruhig hingenommen worden, so hätte sie sich in kurzer Zeit über alle anderen Baumwollendistrikte ausgedehnt, und doch ist vor der Hand wenig Aussicht vorhanden, die Fabrikanten zum Nachgeben zu zwingen. In Blackburn fand vorigen Donnerstag eine Arbeiterversammlung statt, wo beschlossen wurde, ein allgemeines System der Auswanderung zu organisiren. Eine größere Anzahl als je ist bereits auf Unterstützung der Armenverwaltung angewiesen und bis Ende der Woche wird sich die Zahl der Arbeitslosen um 900 vermehren.

Nach einer telegraphischen Depesche aus Neu-York vom 20. d. M. nahmen die amerikanischen Fabrikanten seit dem Monat September 1,975,000 Ballen Baumwolle; verschifft wurden 17,000 Ballen nach England, 3000 Ballen nach Frankreich, 2000 Ballen nach den übrigen Ländern Europas. Das Blättchen hat sich gedreht. Im Jahre 1858 verbrauchten die Amerikaner 595,000 Ballen, die Engländer 1,809,000 Ballen. Dieses sind jedenfalls schlechte Aussichten für Leute, die glauben, daß sie von der Vorsehung auserkoren, die Baumwollenfabrikanten der zivilisirten Welt zu sein.

Vorigen Sonnabend fand hier eine Versammlung unter dem Präsidium eines Parlaments-Mitglieds statt, welche es für Pflicht der Regierung erklärte, den Arbeitslosen Mittel zur Auswanderung zu gewähren. Ein Mitglied der canadischen Regierung sagte, daß er nach England gekommen wegen einer Sache, die von großer Wichtigkeit für die Arbeiterklasse sei. Es handele sich um ein Stückchen Land ungefähr so groß wie Europa, nemlich den nordwestlichen Theil des britischen Amerika. Erreiche seine Regierung ihren Zweck, so werde sie die so ungesunde und fruchtbare Bodenfläche den Auswanderern von Großbritannien eröffnen. Daß Tausende mit der größten Bereitwilligkeit auswandern würden, unterliegt keinem Zweifel. Daß unsere Kriegsschiffe, wenn sie arme Arbeiter in die neue Welt beförderten, einen bessern Dienst leisten würden als sie jetzt leisten, wie einige Redner bemerkten, ist ebenfalls keinem Zweifel unterworfen. Aber ob irgendwo so Viele auf einmal untergebracht werden könnten, daß sich ihr Abzug in der alten Welt fühlbar machen würde, ist mehr als zweifelhaft. Bis jetzt hat noch nicht verlautet, daß die Regierung irgendwie geneigt ist, Geld zu bewilligen, nicht einmal für die aus den Regierungs-Werkstellen verjagten Arbeiter, die nirgends ein Unterkommen finden können. Die Königin hat 150 Pfd. St. aus ihrer Privatkasse zur Beförderung der Auswanderung gegeben.

Die Gewerks-Genossenschaften von Edinburgh treffen Maßregeln, um die Zufuhr von Arbeitern durch Verkürzung der Arbeitszeit mit der Nachfrage auszugleichen. Sie verlangen, daß die Arbeitszeit in allen Geschäften und im ganzen Königreich, auf 51 Stunden die Woche beschränkt werde. Um ihre Vorschläge durchzusetzen, beabsichtigen sie eine nationale Agitation hervorzurufen. Sie haben beschlossen, den Anfang damit zu machen, daß sie die betreffenden Thatsachen in einem Rundschreiben zusammenstellen, in welchem alle organisirten Körperschaften der Arbeiter zur Mitwirkung aufgefordert werden sollen.

Das Geschick der irischen Kirche ist unwiderruflich entschieden. Die zweite Berlesung ward Mittwoch morgen 20 Minuten nach 2 Uhr mit 368 Stimmen gegen 250 angenommen. Sechs Liberale stimmten dagegen und fünf Konervative dafür. Die Annahme der zweiten Berlesung bestätigt den Gesetzworschlag der Sache nach, die Details der Ausführung werden in den Komitee-Sitzungen, welche der dritten Berlesung voran gehen, erledigt. Durch die Osterferien ist die Debatte kürzer geworden, als sie sonst gewesen sein würde. Auf die Bemerkung von Disraeli, daß eine Staatskirche nöthig sei um die Toleranz aufrecht zu erhalten, weil freie Sekten nicht tolerant (duldsam) seien, entgegnete Schazkanzler Lowe, er hoffe, daß die Zeit gekommen sei, wo man nicht allein Religionsverfolgungen, sondern selbst den Begriff der Toleranz (Duldung) aufgeben. Der Glaube eines Menschen sei nicht ein Ding, das man zu dulden sondern zu achten habe. Man solle nicht glauben, die Religion könne mit solcher Gewißheit festgesetzt werden, daß der Staat gerechtfertigt sei, den Glauben an eine bestimmte religiöse Lehre durch Gesetze zu erzwingen. Zum ersten Male hat man im englischen Parlament von der Ministerbank erklärt, daß der Staat kein Recht hat, sich mit der Religion zu befassen, daß sie dem Privatgeschmack überlassen werden sollte wie die Farben der Röcke.

Der Strike in Preston dauert fort und wird hier von solcher Wichtigkeit gehalten, daß die Zeitungen täglich Telegramme darüber veröffentlichen. Das gesammte, in den Baumwollenfabriken beschäftigte Arbeiterpersonal soll sich auf 30,000 belaufen. Davon sind 3000 bereits im Strike; die Zahl derer (S. vor. Brief), die in den Fabriken arbeiten, wo die „Notizen“ noch nicht abgelassen sind, beläuft sich auf 14,000; in sechs Fabriken ist keine Notiz gegeben worden, in anderen soll nur eine Lohnerniedrigung von 5 Prozent stattfinden, wozu sich nach den letzten Nachrichten ein Theil der Weber verstanden hat, aber die Spinner wollen nicht nachgeben. Herr Bazlay, der Vertreter der Manchester Fabrikanten, hat an die Prestoner Arbeiter telegraphirt, sie sollten eine Adresse aufsetzen und eine Deputation mit derselben an den Minister für die indischen Angelegenheiten schicken, um ihm begreiflich zu machen, daß der ganze Streit durch den Mangel an roher Baumwolle entstanden sei, und daß die Regierung Maßregeln treffen könne, die Baumwollen-Erzeugung in Ostindien sowohl quantitativ als qualitativ (sowohl der Menge als der Güte nach) zu befördern. Derselbe Punkt wurde schon bei Gelegenheit der Jahresversammlung der Manchesterer Handelskammer erwähnt. Es wurde bemerkt, daß man jetzt ein Ministerium habe, das sich nicht weigern werde sich dergleichen Sachen anzunehmen, aber die Deputation kam damals nicht zu Stande. Diese Herren, die stets gegen die Intervention (die Einmischung) der Regierung in Geschäftssachen protestiren, und Alles dem Unternehmungsgeist von Privatpersonen und der Privatvereinbarung überlassen, nehmen keinen Anstand die Regierung als Baumwollengeneralgebrauch zu wollen. Es ist nicht die Staatseinmischung überhaupt, die ihnen als nachtheilig erscheint, sondern nur die Staatseinmischung, welche zu Gunsten der Arbeiter gegen die Kapitalisten stattfindet, wie z. B. in der Fabrikgesetzgebung.

Die Eigenthümer der Thorncliffe Kohlenbergwerke im Süden von Yorkshire haben eine sehr eigenthümliche Manier, ihren Arbeitern Gutes zu thun. Vor einem Monat wurde sämmtlichen Knappen, 800 an der Zahl, die Arbeit gekündigt, ohne daß sie die geringste Ahnung der Ursache dieser

Kündigung hatten. Vor einigen Tagen ließ der Werksführer verlauten, die Prinzipale beabsichtigten eine Klasse zu gründen zur Unterstützung von Kranken und Berunglückten, und daß nur diejenigen wieder in Arbeit genommen werden würden, die sich bereit erklärten dieser Klasse beizutreten. Man werde unter keiner Bedingung sich mit Deputationen der Arbeiter einlassen, sondern jeder, der seine Arbeit wieder anzutreten gedenke, müsse allein kommen und seine eigene Uebereinkunft selbst mit den Besitzern ins Reine bringen. Dieses war ohne Zweifel ein Angriff auf die Bergarbeiter-Association von Süd-Yorkshire und die Knappen kamen überein, nach Ablauf der Kündigungsfrist sammt und sonders die Werke zu verlassen, welches sie gethan haben.

Die Association der Eisensabrikanten von Nord-England hat einen Friedensvertrag mit den Arbeitern abgeschlossen. Jedes Gewerke, das diesem Vertrage beitrifft, schickt einen Delegirten für die Besizer und einen Delegirten für die Arbeiter. Diese Delegirten erwählen aus ihrer Mitte einen Ausschuß, bestehend aus vier Fabrikanten und vier Arbeitern. Alle Fragen, welche sich auf die gegenseitigen Verhältnisse der Kapitalisten und Arbeiter beziehen, so wie etwaige Klagen müssen bei diesem Ausschusse eingereicht und von demselben untersucht werden. Die Delegirten versammeln sich alle Vierteljahr, um den Bericht des Ausschusses entgegen zu nehmen. In wichtigen Fällen werden außerordentliche Versammlungen zusammenberufen, wenn der Ausschuß nicht im Stande war, über eine ihm vorliegende Sache zu entscheiden. Der Hauptwerth dieser Verträge besteht in der Anerkennung von Seiten der Kapitalisten, daß die Arbeiter berechtigt sind, als Körperschaften ihren Arbeitgebern gegenüber zu handeln, ihre Angelegenheit durch Bevollmächtigte erledigen zu lassen und daß sie überhaupt das Recht haben, Antheil an der Regelung der verschiedenen Angelegenheiten, welche den Geschäftsbetrieb betreffen, zu nehmen.

Vorigen Freitag wurde das Andenken an Ernest Jones durch eine öffentliche Versammlung in Trafalgar Square gefeiert. Aus verschiedenen Stadttheilen kamen die Arbeiter in Prozession. Die Reden waren sehr kurz, um den Verkehr nicht zu unterbrechen.

Die „Times“ ist außerordentlich entrüstet über die muthwilligen Ruhestörer, die das Publikum nicht schlafen lassen wollen. Die Versammlung wurde von einem Zweig der Reform Liga veranstaltet, der nicht wie der Central Ausschuß glaubt, daß die Liga ihren Zweck erreicht habe, und das ist der Aergger. Die Bourgeoisie möchte gerne die Arbeiter überreden, daß aller Grund zu politischer Agitation beseitigt sei. Sie betrachtet den Versuch fernerer Agitation als reine muthwillige Ruhestörung.

### Anzeigen.

**Deutscher Arbeiterbildungs-Verein in London.**

Charles-Hotel, 71 Dean-Street, Soho Square. W. London.

## Hessische Volkszeitung

nebst Feuilleton „Feierstunden“.

Abonnementspreis bei allen Postanstalten innerhalb Preußens 26/2. Sgr.; bei sämmtlichen Postanstalten der nicht-preussischen, norddeutschen Staaten 18/2. Sgr.; bei Poststellen der übrigen, zum deutsch-österreichischen Postvereine gehörigen Länder 19 Sgr.

Cassel, am 18. März 1869.

Die Expedition der „Hessischen Volkszeitung“.

## Einladung zum Abonnement

auf das

# Mainzer Journal.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. J. Sausen.

Bestellungen auf das zweite Quartal des Mainzer Journals für 1869 bitten wir rechtzeitig zu machen.

Unser Haupt- oder Morgenblatt liefert die leitenden Artikel und Originalcorrespondenzen, sowie alle bis 11 Uhr Vormittags einlaufenden telegraphischen Depeschen; die Beilage oder das Abendblatt einen vollständigen Tagesbericht mit allen bis 4 Uhr Nachmittags eintreffenden Neuigkeiten.

Die Rheinischen Blätter werden unserem Abendblatte als Beilage beigegeben, sie bilden jährlich zwei starke Quartbände und liefern an Material wenigstens so viel als zehn Bände des gewöhnlichen Romanformates. Wir geben jährlich drei bis vier größere Originalromane bewährter deutscher und ausländischer Dichter, die sich bis jetzt überall eines ungetheilten Beifalles zu erfreuen hatten; außerdem Literaturberichte, Bilder aus der Länder- und Völkerkunde, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Gegenwart und eine sehr reichhaltige Sammlung von vermischten Nachrichten.

Das Mainzer Journal mit seiner Beilage, dem Abendblatt, ist in einer starken Auflage über ganz Deutschland verbreitet, in Mainz selbst, im ganzen Großherzogthum Hessen, in Baden, am Niederrhein, in Kurhessen, Nassau und Rheinbayern gehört es zu den gelesensten Blättern. Es empfiehlt sich deshalb zu Anzeigen aller Art, die auf diesem Wege nicht bloß eine locale, sondern allgemeine Verbreitung finden.

Das Mainzer Journal erscheint in Groß-Folio-Format, und wird das einen Bogen starke Hauptblatt täglich, mit Ausnahme der Sonntage und der höchsten Feiertage, um 12 Uhr Vormittags, das Abendblatt mit den Rheinischen Blättern, um 5 Uhr Nachmittags ausgegeben. Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen an. Der Preis des ganzen Blattes ist hier in Mainz vierteljährlich 2 Fl.; auswärts mit dem üblichen Postaufschlage. Inserate aller Art werden aufgenommen und wird die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum sehr billig mit 3 Kr. berechnet. Bloße Localanzeigen liefern wir noch billiger und bitten wir die Interessenten, sich deshalb mit der Expedition zu benehmen.

Bestellungen auf das Mainzer Journal (auch für einzelne Monate) nehmen alle Postämter jederzeit entgegen.

### Die Expedition des Mainzer Journals.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an auf das

## Neue Kreuzer-Magazin.

Blätter für Unterhaltung und Belehrung.

XIII. Jahrgang. Wöchentlich eine Nummer.

Der billige Preis bei sorgfältiger Auswahl gediegener Lectüre macht das Kreuzer-Magazin zum empfehlenswerthen Familienblatte, das mit angenehmer Unterhaltung auch nützliche Belehrung verbindet. Neben interessanten Erzählungen enthält dasselbe Mittheilungen aus der Natur-, Länder- und Völkerkunde, Belehrungen über Ackerbau und Haushaltung, kleine humoristische Aufsätze, Räthsel u. Preis pro Nummer nur ein Kreuzer.

Complete Exemplare der verfloffenen Jahre 1865, 1867 und 1868 sind noch zu haben. Der 52. Nummer wird Titel und Inhaltsverzeichnis beigegeben und bildet jeder Jahrgang einen schönen Band zu einer Familienbibliothek.

!! In Preußen ist das Blatt von der Stempelsteuer befreit. !!

Expedition des Neuen Kreuzer-Magazins  
Mainz, kleine Langgasse Nr. 4, neu.

## Einladung zum Abonnement

auf die in Darmstadt erscheinende

# Hessische Landes-Beitung.

Organ der demokratischen Partei.

Indem wir uns erlauben, zum Abonnement auf unser Blatt für das 2. Quartal 1869 einzuladen, machen wir darauf aufmerksam, daß wir uns seit dem 1. Juli v. J. rückhaltslos als „Organ der demokratischen Partei“ erklärt haben, und daß namentlich die demokratische Partei in Hessen solidarisch mit uns verknüpft ist. Damit ist unser Standpunkt von selbst gegeben. Wir kämpfen seit dieser Zeit energisch für die unveräußerlichen Rechte des deutschen Volkes, mitzuwirken zur Bestimmung seines Schicksals und seiner Zukunft. Nicht, was irgend dynastischer Ehrgeiz zu eigenem Nutzen und Frommen zu erstreben sucht, sondern das, was aus dem Volke in seiner Gesamtheit heraus zur Lösung der Einheits- und Freiheitsfrage geschaffen werden kann, zu unterstützen ist unsere Aufgabe. Was speciell unser engeres Vaterland Hessen betrifft, so kämpfen wir für Erhaltung seiner Selbstständigkeit, weil wir nur in der Gleichberechtigung der Stämme den Weg zu einer Lösung der deutschen Frage finden können. Dem freigewählten Parlamente werden sich diese Stämme alle beugen, die Gewalt wird nur den Bürgerkrieg oder die schwersten auswärtigen Verwickelungen zur Folge haben. In den innern Angelegenheiten waren wir von jeher unterschieden freisinnig und werden es bleiben. So wird, in demokratischem Sinne für die Wiedervereinigung des Gesamtvaterlandes wirkend, unser Blatt fortfahren, dem Leser, wie seither, ein genaues Bild der Tagesereignisse zu verschaffen und laden wir Freunde und Gesinnungsgenossen zu thätiger Mitarbeiterschaft ein.

### Der Abonnements-Preis

incl. Provision und Bestellschuld beträgt für das Vierteljahr nur 1 fl. 27 kr.

Darmstadt, im März 1869.

### Die Redaktion und Expedition.

Promenade-Strasse 37.

# „Die Zukunft.“

Demokratische Zeitung. Neubegründet von Dr. Johann Jacoby.

Redigirt von Dr. Guido Weis.

Dritter Jahrgang.

1867 begründet und durch Rescript des Kgl. Präsidenten von Salzmedell zum „ärgsten Schandblatt der Monarchie“ ernannt;

1868 von ihren Lesern mit der Vertheilung von 28,000 Thalern, der höchsten sämmtlicher Privatkollekten für den ostpreussischen Nothstand betraut!

1869 durch öffentliche Subskription ihrer Freunde in und außerhalb Deutschlands neu fundirt —

erscheint sechs mal wöchentlich als Abendblatt, mit den Nachtzügen versendet, zum Preise von 1 Thlr. 15 Sgr. (2 fl. 42 kr. rh.) vierteljährlich und bittet ihre alten Freunde, ihr neue zuzuwenden.

Probe-Nummern auf Verlangen gratis und franco.

Berlin.

Expedition der „Zukunft“.

Verantw. Redakteur: W. Vieblnecht (Braustr. 11).  
 Mitredakteur: Carl Girsch.

Der

# Bürger- und Bauernfreund

stellt sich auch für das neue Quartal vom 1. April 1869 auf die Aufgabe, die Bürger und Bauern, kurz Jedermann, den größere freisinnige Zeitungen unzugänglich sind, zu belehren über Das, was die Demokratie will, was sie zum Volkswohle erreichen muß, welche Mittel und Wege das Volk einschlagen muß, um diese Ziele zu erreichen.

Seine Aufgabe kann er nur erfüllen, wenn gegenüber den Anstrengungen der Reaktion und Allem was drum und dranhängt, reaktionaire Schriften zu verbreiten, die Demokratie umfassende Maaßregeln ergreift, den „Bürger- und Bauernfreund“ im Volke, namentlich unter den landlichen Arbeitern zu verbreiten.

Es wird gebeten, um Verwechslung zu vermeiden, bei Bestellung des demokratischen Bürger- und Bauernfreundes den ganzen Titel anzugeben und den Namen des Verlegers, S. Post-Tilsit beizufügen.

Der demokratische Bürger- und Bauernfreund erscheint, wie schon bemerkt, in Tilsit im Verlage von S. Post-Redigirt unter Mitwirkung von J. Keitenbach durch W. Simpson in Blicken bei Gumbinnen, jeden Freitag 1/2 Bogens stark, oft mit Beilagen, und kostet für das Vierteljahr durch die Post bezogen 4 Silbergroschen 6 Pfennig ohne Bestellschuld.

Inserate finden für 3 Sgr. die Zeile Verbreitung durch ganz Deutschland und darüber hinaus.

S. Post-Tilsit, W. Simpson-Blicken  
 Verleger. bei Gumbinnen,  
 Redakteur.

### Bestellungen

auf die in Köln erscheinende

# Rheinische Zeitung,

Organ der Demokratie in Rheinland und Westphalen, wolle man möglichst frühzeitig bei der nächsten Postanstalt machen, damit in dem regelmäßigen Empfange der Zeitung keine Unterbrechung eintrete.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt bei allen Postanstalten einschließlich Porto und Zeitungsfremd 1 1/2 Thlr. = 3 fl. 4 kr. Anzeigen 1 1/2 Sgr. für die Beitzzeile.

Durch alle Buchhandlungen und Postämter, sowie direkt unter Kreuzband zu beziehen:

### Der Correspondent.

Wochenschrift für Deutschlands Buchdrucker & Schriftgießer zugleich

Organ des deutschen Buchdruckerverbandes. Erscheint wöchentlich in 4 Seiten gr. Folio (in Petitschrift zum Preise von 12 1/2 Sgr., unter Kreuzband 15 Sgr.)

Inhalt: Verbandsnachrichten, social-politischer Wochenbericht und größere Artikel, mit besonderer Berücksichtigung der Zeitungspreffe, technischer Sprechsaal, Vereins- und vermischte Nachrichten (Original-Correspondenzen), Feuilleton (Artikel über die Buchdruckerhältnisse des Auslandes, Besprechungen über neue literarische Erscheinungen, novellistische Mittheilungen, Kulturgeschichtliches, Mannichfaltiges).

Inserate, deren Erfolg durch die Verbreitung des Blattes in fast allen Druckorten Deutschlands gesichert ist, pro Spaltzeile 1 Sgr.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Langestr. 44.

Leipzig.

Druck und Verlag: F. Zbiele.  
 Expedition: Petersstraße 18.